Nr. 36 XXIX. Jahrgang

Sonnabend, 12. Februar 1921

# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 32 mm breit M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile 81 mm breit M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.75 frei ins Haus. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.20, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

## Die Milliardenrechnung

Die Rückwirkungen der Reparationsforderungen der Entente lassen sich folgendermaßen kurz skizzieren:

Die Annahme der Bedingungen würde bedeuten, daß die Gestaltung der Zukunft Deutschlands abhängig ist von außerordentlichen finanziellen Leistungen an die Entente. Da aber Leistungen von solcher Höhe und solcher Dauer nur gemacht werden können von Ueberschüssen einer auf sparsamsten Eigenverbrauch eingestellten Volkswirtschaft, ist zunächst zu prüfen, ob unsre Handels- und Zahlungsbilanz nach menschlichem Ermessen Ueberschüsse erzielen kann, die solche Zahlungen ermöglichen. Nun ergibt sich aber aus den Berechnungen aller Sachverständigen, daß die Zahlungsbilanz in Deutschland im Jahre 1920 mit einem Passivsaldo von weit über 8 Milliarden Goldmark abschließen muß. Um unter diesen Bedingungen eine Balance zu erhalten, wäre also ein Mehreinkommen von über 8 Milliarden, d. h. von über 60 Prozent des gesamten gegenwärtigen Ausfuhrbetrages, erforderlich. Frühere Einkommenquellen kommen nicht mehr in Frage, es könnte daher dieser Betrag daher nur durch Mehrausfuhr, d. h. Mehrproduktion, aufgebracht werden. Mehr Ausfuhr bedeutet aber wiederum mehr Einfuhr (Rohstoffe und Halbfabrikate) und damit eine neue Belastung der Passivseite der Bilanz. Nimmt man an, daß heute im Durchschnitt ein Viertel des Wertes eines Ausfuhrgutes in eingeführten Rohstoffen oder Halbfabrikaten besteht, so würde ein Ausgleich der gegenwärtigen Zahlungsbilanz erst bei einer Aus- und Einfuhr von 9 Milliarden gegeben sein, d. h. eine Beseitigung des Passivsaldos unsrer Zahlungsbilanz würde eine Steigerung um 4 Milliarden, also eine Verdoppelung der jetzigen Gesamtausfuhr, zur Voraussetzung haben. Käme dazu die geforderte Ausfuhrabgabe von 12 Prozent, wäre ein Ausfuhrüberschuß von 1,1 Milliarden erforderlich, was eine Erhöhung der Ausfuhr auf 10,8 Milliarden bedeuten würde.

Die geforderten Annuitätszahlungen werden die Passivseite der Bilanz wiederum mit 40 Prozent des gegenwärtigen Einfuhrbetrages neu belasten. Sie würden ein Ueberwiegen der Ausfuhr von den ganzen 11 Milliarden erfordern, was einen Gesamtausfuhrbetrag von rund 18,1 Milliarden gleichkäme. Berechnet man noch von den 2 Milliarden Annuitäten die 12prozentige Abgabe, ergäbe sich folgendes Resultat:

Eine Erfüllung der Forderungen der Annuitäten und der Ausfuhrabgabe würde, wenn gleichzeitig das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz wieder herzustellen wäre, eine Steigerung der Ausfuhr auf fast 14 Milliarden, d. h. ungefähr das Dreifache der gegenwärtigen zur Voraussetzung haben. In dieser Berechnung sind die Leistungen, die außer den in den Pariser Beschlüssen geforderten verlangt werden, nicht einmal mit einbegriffen. Aber die Folgen, die der Zugriff zu den gesamten deutschen Zöllen seitens der Entente für Deutschland, wenn es die Forderungen nicht erfüllen kann, haben würde, sind so selbstverständlich, daß sie nicht erst erörtert werden brauchen. Sollte die Gegenseite dennoch versuchen, ihre Ansprüche durch Zwang durchzusetzen, wären die Folgen für den Weltmarkt nicht weniger schwerwiegend, als für Deutschland selbst.

Dies ist das Bild der Tatsachen, das kein noch so sündiger Ententekopf wegdisputieren kann. Trotzdem — wie die Entscheidung in London fallen wird, das möchte man, in der Erinnerung an hundert frühere Enttäuschungen, dahin voraussagen, daß die Vernunft noch längst nicht über die Leidenschaften triumphieren wird.

•

### Die Gegenvorschläge

Rotterdam, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Reuter meldet: Die englische Einladung an Deutschland ersucht um die Einreichung der deutschen Gegenvorschläge für die Londoner Konferenz bis 20. Februar.

•

### Die Entwaffnungsfrage

Genf, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Havas meldet: Der deutschen Regierung ist am 9. d. M. eine Mitteilung zugegangen, wonach die Alliierten es ablehnen, in London über die Entwaffnungsfrage mit Deutschland nochmals zu verhandeln. Die Beratungen müßten sich ausschließlich auf die Wiedererstattungsfrage beschränken. Die Verzögerung der Entwaffnung aber über die gewährten letzten Fristen hinaus würde zu den bereits beschlossenen Maßnahmen gegen Deutschland führen.

•

### Die Militärherrschaft im Rheinland

w. Frankfurt a. M., 11. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die französischen Besatzungstruppen erhielten bisher nur aus Frankreich kommendes Gefrierfleisch. Jetzt hat die französische Militärbehörde angeordnet, daß die Truppen dreimal wöchentlich je 350 Gramm Frischfleisch erhalten müssen, das von den deutschen Garnisonorten geliefert werden muß. Die Folge ist nun, daß die Fleischpreise in der Nähe des besetzten Gebietes außerordentlich in die Höhe gingen. Die Viehmärkte sind von den Metzgern sehr stark besucht, da die Franzosen sehr hohe Preise zahlen und Deutschland die Kosten zu wiedererstatten muß. Wenn das so weiter geht, steigen die Viehpreise ins Ungemessene. Der Fleischerverband hat sich deshalb an die deutsche Regierung gewandt mit dem Ersuchen, bei der französischen Regierung vorstellig zu werden, damit die Truppen wieder mit aus Frankreich stammendem Fleisch versorgt werden.

w. Frankfurt a. M. In Höchst a. M. müssen für die englischen Offiziere 28 Wohnungen gebaut werden. Die Stadtverordnetenversammlung war daher genötigt, für diesen Zweck 5 Millionen Mark zu bewilligen.

## Sturm im bayrischen Landtag

Von unserm –F–-Korrespondenten

München, 11. Februar. (Mig. Drahtbericht)

Zu stürmischen Szenen kam es heute morgen im bayrischen Landtag. Auf der Tagesordnung stand die Interpellation der Unabhängigen über die Haltung Bayerns bei der Berliner Ministerkonferenz. Ein Regierungsvertreter erklärte daß der Ministerpräsident wegen anderweitiger dringender Amtsgeschäfte leider am Erscheinen in der Sitzung verhindert sei. Diese Mitteilung wurde von den Sozialdemokraten und den Unabhängigen mit stürmischen Entrüstungsrufen aufgenommen, namentlich der mehrheitssozialistische Abgeordnete Ackermann rief: „Es ist unglaublich, eine unerhörte Verhöhnung, eine Feigheit, so etwas ist noch nicht dagewesen!" Ackermann erhielt zwei Ordnungsrufe.

Der Regierungsvertreter konnte dann fortfahren und bemerken, daß die Verhandlungen der Ministerpräsidenten in Berlin streng vertraulich gewesen seien.

Von den Sozialdemokraten, deren einige heftig auf den Tisch schlugen, ertönten heftige Zwischenrufe: „Feigheit! Sechs Tage habt ihr verhandelt! Das ist eine Gesellschaft, so etwas nennt sich Vertreter des Volkes!"

Der Regierungsvertreter fuhr dann fort: Der Ministerpräsident sei infolge der Vertraulichkeit der Berliner Verhandlungen nicht in der Lage, dem Landtag darüber Aufschluß zu geben, welche Stellung er bei den Berliner Verhandlungen eingenommen habe. (Ruf des Mehrheitssozialisten Auer: „Das ist eine Provokation!")

Unter fortdauerndem stärksten Lärm der Linken erklärten die Abgeordneten Timm (Mehrheitssozialist) und Gareis (Unabh. Soz.), daß sie auf Grund dieser ungeheuerlichen Vorgänge, die eine Verhöhnung der Parlamentsrechte und eine Provokation der parlamentarischen Minderheit sei, die Unterbrechung der Sitzung verlangen, um zu der Regierungserklärung Stellung nehmen zu können.

Als ein Redner der bayrischen Volkspartei die Regierung in Schutz zu nehmen versuchte, kam es zu neuen stürmischen Unterbrechungen. Abgeordneter Auer bezeichnete die Erklärung der Regierung als eine Provokation eines erheblichen Teiles des bayrischen Landtages. Diese Provokation sei noch gesteigert worden, durch die Erklärung des Vorredners, daß der Ministerpräsident den Koalitionsparteien bereits Mitteilung gemacht habe. Hier werde also ein Unterschied zwischen den Parlamentsmitgliedern gemacht. Die weitere Aussprache wurde immer wieder durch Lärm und Zwischenrufe unterbrochen und schließlich die Sitzung dem Vorschlag des Präsidenten entsprechend, auf eine Stunde unterbrochen.

### Die Mitteilung der Regierung

Diesen Vorgängen waren gestern und vorgestern die Verhandlungen innerhalb der Koalitionsparteien vorangegangen, deren Ergebnisse in folgendem Communiqué der bayrischen Regierung zusammengefaßt sind:

WTB. München, 11. Februar. Die gestrigen Beratungen der bayrischen Staatsregierung und der Koalitionsparteien haben mit der Zustimmung aller beteiligten Faktoren zu der an die Reichsregierung zu richtenden Erklärung der bayrischen Staatsregierung heute abend ihren Abschluß gefunden. Staatsregierung und Koalitionsparteien haben der Bedeutung und Schwere des Augenblicks in jeder Weise Rechnung getragen. Wenn trotzdem das Ergebnis der mehrtägigen Beratungen, die in erfreulicher Einmütigkeit geführt und auch von der Mehrheit der Presse in dankenswerter Geschlossenheit unterstützt wurden, den bisherigen Standpunkt der bayrischen Regierung festhält, so beweist dies erneut aller Welt, daß das bayrische Volk und seine Regierung in der Erhaltung des unentbehrlichen Selbstschutzes auch heute noch eine Lebensfrage erblickt. Die bayrische Staatsregierung hat demzufolge von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß die Reichsregierung, ebenso wie sie die ungeheuerlichen Reparationsforderungen ablehnt, auch dem unmöglichen Entwaffnungsdiktat nicht zustimmen dürfe, die beide ein zusammenhängendes Ganzes bilden. Sie verkennt jedoch nicht, daß der Reichsregierung die letzte Entscheidung und die Verantwortung für ihre allenfallsigen Maßnahmen zufällt. Die bayrische Staatsregierung und die Koalitionsparteien haben sich in ihren Beratungen und Entschließungen ausschließlich von vaterländischen Interessen leiten lassen. Es war das Bestreben der bayrischen Staatsregierung, die Position der Reichsregierung gegenüber dem geschlossenen Willen der alliierten Mächte zu stärken. In diesem Geiste und in der Absicht sind von ihr alle Verhandlungen gepflogen worden. Wenn nicht überall unter Zurückstellung alles Trennenden mit der gleichen Sachlichkeit und Zurückhaltung die strittige Frage behandelt worden ist, so ist das bedauerlich, da es viel zur Verschärfung beigetragen hat.

Danach überläßt also Bayern der Reichsregierung die letzte Entscheidung in der Entwaffnungsfrage und gesteht damit seine Mithilfe zur Entwaffnung prinzipiell zu. Wie wir erfahren, reist der Reichskommissar für die Entwaffnung, Dr. Peters, bereits Mittwoch kommender Woche nach München, um die notwendigsten Maßnahmen sofort an Ort und Stelle zu treffen.

### Der belgische Vorrang

△ Brüssel, 11. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die parlamentarische Kommission für auswärtige Angelegenheiten hat heute den Vortrag des Außenministers über den Verlauf der Pariser Konferenz entgegengenommen. Ein offizielles Communiqué teilt mit, daß der Außenminister sehr ausführlich über die Ergebnisse von Paris gesprochen habe. Er ist der Ansicht, daß Deutschland, wenn es die nötigen Steuern erhebt, zahlen könne, was die Alliierten von ihm verlangen. Der Vorrang, den Belgien nach dem Friedensvertrag auf 2½ Milliarden Goldmark hat, ist entgegen andern Nachrichten aufrechterhalten worden.

•

### Die deutschen Kohlenlieferungen

Wie wir erfahren, hat am 7. Februar die deutsche Kriegslastenkommission der Reparationskommission über die Frage der deutschen Kohlenlieferungen die folgende Note übergeben:

Nach den bei den bisher an Lieferungen gemachten Erfahrungen und der erheblichen Verschärfung des Februarprogrammes ist nicht damit zu rechnen, daß seine Durchführung möglich sein wird. Bei der Bedeutung, die die Kohlenlieferungen für die Durchführung der Reparation auch weiterhin haben werden, hat die deutsche Regierung den dringenden Wunsch, diese Lieferungen in allen diesen Beziehungen dauernd so zu gestalten, daß Meinungsverschiedenheiten nach Möglichkeit ausgeschaltet und eine gerechte Erledigung etwa vorkommender Streitfragen ermöglicht werde.

Der augenblickliche Zustand ist der, daß von Deutschland ständig Lieferungsmengen verlangt worden sind, die über das Deutschland mögliche Maß hinausgehen,

weshalb Deutschland auch nicht für die Ausfälle verantwortlich gemacht werden kann. Die Abrechnung über die gesamte Lieferung ist dadurch überhaupt ins ungewisse geraten. Auch hinsichtlich der Qualitäten werden an Deutschland in dauernd steigendem Maße höhere Anforderungen gestellt. Anderseits hat sich die Entente wiederholt über die Beschaffenheit der Ware beschwert, ohne daß bisher ein Weg gefunden werden konnte, zu einem Einverständnis zu gelangen. In der Preisfrage ist es bisher nicht gelungen, eine Einigkeit über die Höhe des Deutschland für die Lieferungen auf dem Wasserwege zustehenden Preises zu erzielen. Ja, es sind nicht einmal diejenigen Lieferungen abgerechnet, die Deutschland auf Grund des Waffenstillstandes im Austausch gegen Minette an Frankreich gemacht hat.

In der Transportfrage bedürfen die mannigfachen Meinungsverschiedenheiten unbedingt baldigst Klärung. Es muß auch bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen werden, daß ein Bezug von Kohlen über deutsche Seehäfen wesentlich zu Erleichterungen und Erhöhung der Gesamtlieferungen Deutschlands beitragen könnte.

Die deutsche Regierung bittet deshalb darum, einen Zeitpunkt für den Beginn neuer Besprechungen anzuberaumen. Der Inhalt dieser Note, ebenso wie die kürzlich im Auftrag veröffentlichte Denkschrift, ergeben zur Genüge, daß der gegenwärtige Zustand hinsichtlich der Kohlenlieferungen der Abänderung dringend bedarf.

•

### Frankreich vor einer finanziellen Krise

Genf, 11. Februar. (Eig. Drahtbericht.) „Oeuvre" richtet an die französische Regierung einen dringenden Warnungsruf, ihr Augenmerk auf die kommenden wirtschaftlichen Ereignisse in Frankreich zu richten. Alle Anzeichen wiesen darauf hin, daß eine schwere finanzielle Krise heraufziehe. Große finanzielle Institute seien bereits in sehr schwieriger Lage. Die Börse zeige einen langsamen, aber unaufhaltsamen Niedergang. Die Industrie sei bereits genötigt, sich flüssiges Geld ohne Rücksicht auf den Preis zu verschaffen. Die Wurzel des Uebels liege nicht nur in der finanziellen Lage, sondern greife tiefer bis in die soziale Struktur des Landes, wofür die wachsende Arbeitslosigkeit Zeugnis ablege. Die Gefahr sei drohend, und wenn die Regierung nicht energisch vorgehe, werde eine Katastrophe unvermeidlich sein.

### Denkschrift über Oberschlesien

Berlin, 11. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir hören, haben führende Persönlichkeiten des oberschlesischen Wirtschaftslebens die Abfassung einer Denkschrift beschlossen, die den Anteil Oberschlesiens am Weltmarkte mit Ziffern belegen und beweisen soll, daß Oberschlesiens Bedeutung am Weltmarkte von seinem Verbleib beim Deutschen Reiche abhängt. Die Denkschrift soll u. a. auch den führenden Staatsmännern aller Länder, soweit sie mit der oberschlesischen Industrie in Beziehung stehen oder gestanden haben, übermittelt werden.

### Das Schicksal Wilnas

Genf, 11. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Pilsudski gab bei seiner Anwesenheit in Paris dem vom Völkerbund mit der Wilnaer Angelegenheit betrauten Komitee die Versicherung ab, daß die polnische Regierung die etappenweise Zurückziehung der Truppen des Generals Zeligowski vor der Ankunft der internationalen Kontingente veranlassen werde, sowie ihr der Abstimmungstermin bekanntgegeben sei. Sie stimme weiter der Reorganisation der Verwaltung zu, in der alle polnischen Elemente ausgeschieden werden. Damit sich die Sowjetregierung der Entsendung internationaler Detachements nicht widersetzen könne, habe die polnische Regierung ferner die volle Verantwortung für die richtige Auslegung der Präliminarien von Riga übernommen.

## Sowjetrußland

Von einem Leser aus Sowjetrußland zurückgekehrten Gewährsmann wird uns geschrieben:

In Sowjetrußland ist heute das Verbrechen, die Bespitzelung, die brutale Gewalt das herrschende Prinzip. Alles, was ehrlich, kraftvoll oder edel ist, ist in Mißkredit geraten. Die Tsche-Ka (die „Außerordentliche Kommission") ist die eigentliche Herrscherin Rußlands, ihre Verordnungen regieren das öffentliche und gesellschaftliche Leben. Ohne zu übertreiben, kann man sagen, daß überall, wo zehn Personen zusammen sind, mindestens einer ein Spion der Tsche-Ka ist. Wer sich vor Verdächtigungen und Strafverfolgungen sichern will, muß es mit der Tsche-Ka gut halten. Aus Angst um das eigene Leben und das der Angehörigen ist schon mancher Agent bei der Außerordentlichen Kommission geworden. Naturgemäß sind aus solchen Motiven gerade Angehörige der gebildeten Klassen in den Reihen dieser Agenten zu finden. Als Beispiel sei das Schicksal des Sohnes eines berühmten Konfitürenfabrikanten erwähnt, der als Konterrevolutionär zum Tode verurteilt war und sein erbärmliches Leben durch Verrat gerettet hat. Mit der Erklärung, Agent der Tsche-Ka werden zu wollen, ist es daher nicht getan. Jeder Agent hat Gegner der Sowjetsache ausfindig zu machen, zu beobachten und des Verrats zu überführen. Wenn es ihm nicht gelingt, monatlich eine Anzahl von Opfern ans Messer zu liefern, verwirkt er selber sein Leben. Rücksichten auf Familie, Freundschaft, Dankbarkeit gibt es heute nicht mehr in Sowjetrußland. Man zwingt die Kinder, ihre Eltern und Verwandten zu beobachten, der Freund sinnt Verrat gegen den Freund, der Angestellte gegen den Prinzipal. Aufspüren von Verdachtsmomenten, Beobachtung von Verdächtigen, Provokation und Denunziation haben sich zu einer Art System herausgebildet. Der Hang zum geheimen Kultus der Denunziation, der einem Zug des slawischen Wesens entspricht, hat wie eine Seuche in allen Schichten der russischen Gesellschaft und des öffentlichen Lebens um sich gegriffen. Der Vater kann heute dem Sohne nicht mehr trauen, jedes noch so harmlose Wort kann zum Verhängnis werden. Wenn jemand einen andern mit Wohlwollen behandelt, so wird er schon argwöhnisch und fürchtet, jener könnte ein Agent der Tsche-Ka sein. Man lebt in einer Atmosphäre des Verdachts und des Mißtrauens.

In die Verhältnisse des russischen Strafvollzugs gibt folgende Begebenheit Einblick. Vor kurzem stellte die Tsche-Ka eine Untersuchung über Schiebungen mit Kokain an und veranlaßte bei sämtlichen Zahnärzten Moskaus zu gleicher Zeit eine Durchsuchung. Bei einem Zahnarzt hatte man 75 Gramm Kokain gefunden. Er konnte den Nachweis führen, daß er das Kokain zu Heilzwecken benutzte. Man gab Befehl, ihn freizulassen, aber er war aus Versehen inzwischen erschossen worden. Um seine Witwe vor dem Nachteil zu bewahren, daß sie als Frau eines hingerichteten Verbrechers gelte, wurde ihr ein Zeugnis ausgestellt, daß ihr Mann aus Versehen erschossen worden sei.

Neben der Denunziation dominieren Diebstahl, Schiebung und Spekulation. Jeder stiehlt und spekuliert, gleichgültig, aus welchem Stande er hervorgegangen ist, oder zu welchem Stande er heute gehört. Das Höchstgehalt eines Beamten beträgt durchschnittlich 4000 bis 6000 Rubel monatlich, das Existenzminimum dagegen 250 000 Rubel. Auf der Sacharewka, dem Moskauer Altmarkt, findet man heute alle: den Arbeiter, der die in der Fabrik gestohlenen Sachen verkauft, wie die frühere Hofdame, die zerbrochene Schlüssel anbietet. Der Diebstahl hat aufgehört, ein Verbrechen zu sein; er ist eine soziale Einrichtung der Zeit geworden. Man stiehlt heute, wo und was man stehlen kann. Die Tsche-Ka-Agenten haben einfache Arbeit, wenn sie jemanden ins Unglück bringen wollen. Sie weisen ihm einen Diebstahl, eine kleine Schiebung oder Spekulation nach. Die Tsche-Ka-Agenten selbst stehlen und schieben natürlich im großen. Auch auf der Sacharewka, wo sie ihren Opfern Schlingen legen, sind sie die Herrscher über alle Diebe, Schieber und Hehler, da sie das Privileg der Straffreiheit haben. Hand in Hand mit dem Diebstahl und der Schiebung geht die Hochstapelei und die Erpressung. Wer Geld besitzt oder im Verdacht steht, es zu besitzen, ist das begehrte Opfer für solche Unternehmungen: Man droht ihm einfach mit einer Anzeige bei der Tsche-Ka. Ein Tsche-Ka-Agent kann auf solche Weise sich Geld und Reichtümer verschaffen, soviel er will, da die Anzeige durch ihn gleichbedeutend mit einem Todesurteil ist. Wer als „Konterrevolutionär" vor die Tsche-Ka kommt, hat eben sein Leben verwirkt.

Eine besondere Note gibt dem russischen Leben das äußerst komplizierte Paß- und Ausweissystem. Jeder Einwohner muß zunächst einen Ausweis des sogenannten Hauskomitees haben. Für jeden Häuserblock ist eins eingerichtet: es hat über das politische Verhalten der Einwohner des Blocks zu wachen. Außerdem braucht jeder Einwohner ein Arbeitsbuch und noch mindestens zehn Zeugnisse von andern Instanzen. Man verschafft sich daneben, natürlich meist gegen Geld, Empfehlungsschreiben, Zeugnisse und Ausweise von weiteren Instanzen und maßgebenden Persönlichkeiten, um sein Leben und das seiner Angehörigen zu sichern. Einigermaßen beruhigt kann man sich aber nur fühlen, wenn man Agent der Tsche-Ka ist oder eine Empfehlung der Tsche-Ka besitzt, was aber nur sehr wohlhabende Leute sich leisten können oder solche, die durch Angeberei der Tsche-Ka besondere Dienste geleistet haben.

Das Zigarettengeschäft, die Schiebung und Spekulation mit Zigaretten, ebenso wie ihr Verkauf im Kleinen, ist in der Hand der Minderjährigen. Die verdienen durchschnittlich täglich 4000 Rubel. Diese Kinder sind vielleicht der furchtbarste Schrecken Rußlands. Sie